

Die „Grenzzeitung“ erscheint täglich am Sonntag und Montag nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilage „Der Welt“ - „Räuberzeit“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Preis beträgt bei ihrer Abnahme im Voraus monatlich 21.- M. für den Monat, 20.- M. voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen ist Preussischland, Preussisch Ostpreußen, das Saar und Westfalen sowie die übrigen deutschen Gebiete, Ostpreußen und Litauen 25.- M., für das übrige Ausland 21.- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G. 2, Ortel'sche Straße 40/41

Die Jahrgangspostkarte (Kontingente) über deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Anfertigung. Klein-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anfertigung. Verkaufs-Anzeigen: Das eingedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.00 M. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das eingedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

GRENZZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks

Gegen die Ausnahmemaßnahmen

Die Parteileitung der U.S.P.D. hat sich mit der durch den Eisenbahnerstreik und die Maßnahmen des Reichspräsidenten und des Berliner Polizeipräsidenten geschaffenen Lage beschäftigt und einstimmig beschlossen, sofort gegen die verfassungswidrigen Anordnungen des Reichspräsidenten und des Berliner Polizeipräsidenten scharfsten Protest zu erheben. Unsere Reichstagsfraktion verlangt die sofortige Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten. Unsere preussische Landtagsfraktion fordert die sofortige Aufhebung der Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten.

Ein Antrag der Landtagsfraktion

Unsere Genossen haben im preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

1. Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Reichsregierung mit größtem Nachdruck auf die sofortige Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 hinzuwirken, die den Beamten das Koalitionsrecht raubt und einen schweren Eingriff in die Verfassung darstellt.

2. Die Staatsregierung wird ersucht, die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten vom 1. Februar 1922 sofort außer Kraft zu setzen und mit größter Befehlsmäßigkeit gegen den Polizeipräsidenten ein Verfahren wegen grober Ueberschreitung seiner Befugnisse einzuleiten.

Von authentischer Seite erhalten wir folgende Informationen: In Halle, Erfurt und Magdeburg kam der Eisenbahnbetrieb zum Erliegen. In der Hauptsache streikten die Lokomotivführer, Weichensteller und Fahrbeamten, also das eigentliche Fahrpersonal. Der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner gehören 11 Fachgruppen an, von denen die drei erstgenannten die Bewegung in Fluß gebracht haben. Die Lokomotivführer, die straff organisiert sind und in eine höhere Besoldungskategorie gelangen wollten, haben sich an die Spitze der Bewegung gestellt und das untere Fahrpersonal ins Schlepptau genommen. Die Reichsgewerkschaft, die sich bislang stets politisch „neutral“ und bei allen gemeinsamen Unternehmungen der Eisenbahner recht zweifelhaft benahm, hat nun entgegen allen gewerkschaftlichen Prinzipien und aus Konkurrenzmanövern gehandelt und zum Streik aufgerufen, ohne die anderen Verbände der Eisenbahner irgendwie zu benachrichtigen. Ein Streitpunkt sind die sogenannten Uebertuerungszulagen, die vornehmlich für den Westen Deutschlands in Frage kommen. In den Verhandlungen, die geführt werden, sind inzwischen Uebertuerungszulagen von 50 Pf. bis 250 M. pro Stunde einschließlich der früher bewilligten 75 Pf. zugestanden worden. Es ergibt sich somit eine durchschnittliche Uebertuerungszulage von 1.25 M.

Die drei großen Hauptwerkstätten Deutschlands, die insgesamt etwa 180 000 Arbeiter beschäftigen, kommen bei diesem Streik nicht in Frage und halten den Betrieb aufrecht. Die Betriebswerkstätten, in denen die kleineren Reparaturen an den Lokomotiven vorgenommen werden, streiken zum Teil. Die Gefahr besteht, daß eine ebenso große Anzahl von Bahnerhaltungsarbeitern gezwungen werden, Streitarbeit auszuführen.

Der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner kommt die Dummheit der Regierung mit ihren Erlassen zugute. Das Streikverbot wirkte, wie wenn Öl ins Feuer gegossen wurde. Wie wir weiter erfahren, kann der Eisenbahnerstreik aus verschiedenen Ursachen nicht lange dauern. In Berlin ruht der Eisenbahnerverkehr vollständig. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes tritt morgen zusammen, um zur ganzen Streiklage Stellung zu nehmen.

Der Berliner Verkehr eingestellt

Trotzdem man mit dem Ausbruch des Streiks für heute früh und mit der Stilllegung des Verkehrs rechnen mußte, kam doch der Streikbeginn ziemlich überraschend. Die auswärtigen Reisenden verließen zwar zum großen Teil noch gestern Abend Berlin, eine beträchtliche Anzahl mußte aber hier zurückbleiben, da heute früh sämtliche Bahnhöfe geschlossen waren und kein Zug abfuhr. Nur aus der Provinz kamen noch einige Züge an. Die Fahrkartenscheine blieben geschlossen. Da auch viele Züge unterwegs zum Halten gebracht wurden, so sind manche Reisende in eine sehr lästige Lage gekommen. Am meisten leiden natürlich diejenigen Fahrgäste, die nur über wenige Vermittel verfügen und die nicht wissen werden, wie sie sich in den ihnen fremden Orten bis zum Abbruch des Streiks über Wasser halten sollen. Der Güterverkehr von und nach Berlin ruht völlig auch der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr mußte eingestellt werden, da nicht genügend Kräfte für seine Aufrechterhaltung zur Verfügung standen. Die Stationsvorsteher beteiligten

sich nicht am Streik. Die Eisenbahnverwaltung will versuchen, mit den höheren Beamten, soweit sie technisch vorgebildet sind, einen notdürftigen Fahrdienst wiederherzustellen. Die Technische Nothilfe soll schon bereitstehen.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Arbeiter hat einen Aufruf an die arbeitende Bevölkerung erlassen, in dem sie die Beweggründe für den Streik auseinandersetzt. Trotz schwerster Tag- und Nachtdienstleistung ständen ganze Gruppen der Beamten weit unter dem Existenzminimum. Durch das Arbeitszeitgesetz solle der Achtstundentag preisgegeben werden. Alle Anträge der Reichsgewerkschaft an die Regierung und die Verwaltung seien abgelehnt worden. Es sei also nichts anderes als der schärfste Kampf übrig geblieben.

Verhaftungen und Beschlagnahme

Eine bürgerliche Korrespondenz berichtet: Im Lager der Reichsgewerkschaft herrscht eine außerordentlich große Verwirrung. Das im Laufe des gestrigen Abends und während der Nacht die Abteilung I A des Polizeipräsidenten Verhaftung von Streikführern und Beschlagnahme von Kassen vorgenommen hat, die zur Unterstützung der Ausständigen dienen sollten, hat der Aktionsausschuß seine Zentrale während der Nacht und am heutigen Vormittag wiederholt gemeldet. Infolgedessen ist die Beamtenschaft, namentlich in der Umgebung Berlins, zum größten Teil völlig ratlos. Es ist sogar vorgekommen, daß Beauftragte der um Berlin gelegenen Stationen, die in der Zentrale der Reichsgewerkschaft keine Auskunft erhalten konnten, was sie tun sollten, sich an die anderen Eisenbahnerorganisationen um Rat wandten. Dazu kommt, daß die gemächliche Richtung in der Reichsgewerkschaft, die den Streik von Anfang an bekämpft hat, den Mitgliedern ihrer Fachgewerkschaft mindestens empfohlen hat, eine abwartende Haltung einzunehmen, um sich nicht den vom Reichspräsidenten angedrohten Strafen auszusetzen. Es muß festgestellt werden, daß die Streikleitung die Eisenbahnbeamten im Reich keineswegs in richtiger Weise über die Ursachen und Ziele der Bewegung informiert hat. Wie von zuständiger Seite festgestellt werden konnte, hat die Streikleitung im Reich die Parole ausgegeben, daß sich der Kampf der Eisenbahner gegen das Arbeitszeitgesetz richte, das für die Beamten unannehmbar sei. Tatsache ist jedoch, daß am Dienstag der Reichswirtschaftsrat zur Beratung des Arbeitszeitgesetzes Mitglieder aller Eisenbahnerorganisationen geladen hatte, die auch familiär bis auf die Reichsgewerkschaft vertreten waren.

Die Lage im Reich

Cottbus, 2. Februar.

Hier verkehren fast alle Personenzüge. Der Güterzugverkehr ist nur spärlich.

Görlitz, 2. Februar.

Hier ist der Streikparade nur von den Lokomotivführern Folge geleistet worden. Der Zugverkehr wird nach allen Richtungen voll aufrechterhalten.

Dresden, 2. Februar.

Die in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner organisierten Beamten der Dresdener Bahnhöfe haben die Arbeit niedergelegt. Die Bahnhöfe sind von der Polizei besetzt.

Frankfurt a. M., 2. Februar.

Im Frankfurter Bezirk ist fast der gesamte Eisenbahnerverkehr lahmgelegt. Mitternacht sind nur einzelne Züge nach Mainz, die vom Mainzer Zugpersonal geführt wurden, abgegangen. Auch der Verkehr auf der Strecke Cassel-Siegen-Coblenz konnte bis jetzt aufrechterhalten werden. Dagegen ist der überaus wichtige Verkehr von und nach dem Ruhrgebiet vollständig unterbrochen. Drei Schnellzüge nach Berlin, die Frankfurt in den Abendstunden verließen, wurden in Fulda aufgenommen und angehalten. Ueber 800 Reisende liegen in Fulda fest. An dem Streik ist das gesamte Lokomotivpersonal beteiligt, die anderen Beamten nehmen nicht geschloffen daran teil. Hunderte von Streikenden hatten sich in den frühen Morgenstunden im Hauptbahnhof angesammelt, wurden aber von der Schutzpolizei veranlaßt, den Bahnhof zu räumen, der zur Zeit polizeilich gesperrt ist.

Hannover, 2. Februar.

Wie die hiesige Eisenbahndirektion mitteilt, sind in der Hauptsache nur die Lokomotivführer nicht zum Dienst erschienen. Züge werden nur insoweit gefahren, wie es der Direktion möglich ist, die streikenden Führer zu ersetzen. Die Fernzüge laufen nur spärlich ein. In Braunschweig ruht der Zugverkehr fast ganz.

Schwerin, 2. Februar.

Die Mecklenburgische Zeitung meldet: Der Streikbeschuß der Reichsgewerkschaft ist bisher in Mecklenburg nicht befolgt worden. Heute vormittag fuhr innerhalb des Landes noch alle fahrplanmäßigen Züge.

Hamburg, 2. Februar.

Im Hamburg-Altona konnten heute morgen keine Züge mehr abgefahren werden. Auch der Vorortverkehr ruht völlig. Die Beamten sind mit Ausnahme der Lokomotivführer zahlreich zum Dienst erschienen.

Rln., 2. Februar.

Die Eisenbahnbeamten auf dem hiesigen Bahnhofe sind dem Streikbeschuß der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten nicht gefolgt. Die Züge aus dem Osten verkehren nach hier vorliegenden Meldungen nur bis Essen und Eberfeld. Der Oberkommandierende der alliierten Besatzungstruppen, Degoutie, hat

angeordnet, daß sämtliches Personal der Eisenbahn an Ort und Stelle seinen Dienst aufrecht zu erhalten und alle Befehle auszuführen hat, die ihm von der interalliierten Feld-Eisenbahn-Kommission und deren untergeordneten Stellen erteilt werden. Vergehen gegen den Befehl werden kriegsgerichtlich verfolgt.

Dortmund, 2. Februar.

Die Züge können infolge des Eisenbahnerstreiks nur mit Verspätung abgefahren werden. Der Bahnhof Dortmund ist von der Schupo abgesperrt. Die von Rln. kommenden Nachtzüge gelangen nur bis Essen. Weitere Züge sollen nicht abgefahren werden.

Donauskrl., 2. Februar.

Seit Mitternacht ist der gesamte Fernverkehr eingestellt.

München, 2. Februar.

In den hiesigen Eisenbahnwerkstätten trat zwölf Uhr nachts das Heiz- und Lokomotivpersonal in den Ausstand. Es teilt mit, daß Arbeitswillige nicht gestört werden sollen. Die Streikenden wollen sich zunächst in der Nähe ihrer Arbeitsstellen aufhalten, um weitere Verfügungen abzuwarten. Aus Pfaffenlofs, Probstzella und Würzburg sind Nachrichten eingelaufen, daß dort seit heute früh keine Güterzüge mehr angenommen werden.

Gestern Abend sprach sich eine Versammlung des Bayerischen Beamtensyndikats in aller Form gegen den Streik aus. In Coburg sprach der Syndikus des Bayerischen Beamtensyndikats mit Erfolg gegen die Absichten der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter. Der Bayerische Beamtensyndikat lehnte die Solidarität, welche die Reichsgewerkschaft verlangte, ab, da letztere selbst die Solidarität gebrochen habe, indem sie über den Kopf des Deutschen Beamtensyndikats hinweg mit einem Ultimatum vorgegangen sei. Die von der Reichsgewerkschaft verlangte Solidaritätserklärung ist daher nicht zustande gekommen.

Ein alter Demokrat

Der Kronprinz empfiehlt sich seinem Volke

Die Rechtsparteien sind eifrig besessen, das ramponierte Ansehen des monarchistischen Systems wiederherzustellen. Aus diesen Gründen wurde vor einiger Zeit ein Brief des früheren Kaisers an Hindenburg veröffentlicht, in dem der entthronte Hohenzoller den verzweifelten Versuch machte, seine Unschuld am Weltkrieg nachzuweisen.

Der Ruhm des Vaters hat den Sohn nicht schlafen lassen. Programmgemäß folgt jetzt ein Brief, den der frühere Kronprinz am 15. Oktober an den Bonner Universitätsprofessor Jörn gerichtet hat. In diesem Brief setzt der Kronprinz auseinander, daß die Frage Republik oder Monarchie in der gegenwärtigen schweren Zeit keine Rolle spielen dürfe. Er habe stets auf dem Standpunkt gestanden, daß der Monarch des Volkes wegen da sei und nicht das Volk des Monarchen wegen. Das deutsche Volk habe sich durch Mehrheitsbeschluß der Nationalversammlung zur republikanischen Staatsform bekannt, und dieser Mehrheitswille müsse gegenwärtig geachtet werden. Außerdem könne sich auf die Dauer keine Staatsform halten, die nicht auch von dem Vertrauen der Arbeitermehrheit mit getragen werde. Aus allen diesen Gründen halte er, der Kronprinz, eine außerordentliche Betätigung nicht nur für zwecklos, sondern direkt für schädlich. Jeder Versuch, der das deutsche Volk, das mehr denn je der Ruhe und der Einigkeit bedürfe.

Der frühere Kronprinz wendet sich dann schloßlich dem Weltkrieg zu und verlegt dabei den Krosteln der Volkstrostende einige Seitenhiebe. Er weist darauf hin, daß bereits nach der Marne Schlacht im September 1914 ein restloser Sieg nicht mehr möglich gewesen sei. Nach im Sommer 1917 habe sich für Deutschland die Möglichkeit geboten, selbst aus dem Kriege herauszukommen. Leider seien diese Möglichkeiten nicht geschickt ausgenutzt worden und das sei ein großer Fehler der politischen Leitung gewesen. In dem Brief heißt es dann weiter:

„Nach dem Fehlschlagen des militärischen Versuches 1918 wurde die Lage allerdings bitter ernst. Da jetzt ein schneller Frieden herbeigeführt werden mußte. Nicht irgendeine Einzelschleimung, sondern die Summe vieler Fehler in Verbindung mit der das deutsche Volk immer mehr zermürdenden Hungersnot und unsere allerdings operativ äußerst schwierig gemordene Lage führten die Katastrophe herbei. Da deren ganze Auswirkung unabwendbar war, lasse ich dahingestellt. Man läßt aber besser, wenn man die Frage nach den Schuldigen oder Alleinschuldigen endlich verstummen ließe. Das lästige Aufwerfen dieser Frage in parteipolitischen Sinne hindert uns nur an der Erfüllung der wichtigsten Aufgabe: dem Wiederaufbau.“

Was der frühere Kronprinz hier sagt, klingt ganz leidlich. Aber es sind doch nur Vinkenwahrheiten, die er ausspricht, und die er in seinen stillen Stunden in Bieringen aus Zeitungen und Büchern zusammengelesen hat. Worauf es ihm vor allem ankommt, das erfahren wir am Schluß seines Briefes. Das gefällt ihm nicht auf der einsamen Insel, er möchte wieder nach Deutsch-

Durch den Eisenbahnerstreik ist auch die Papierzufuhr ins Stocken geraten. Wir sehen uns deshalb gezwungen, eine Einschränkung des Umfangs unserer heutigen Abendausgabe vorzunehmen.

Land zurück, um im trauten Kreise seiner Familie einen ruhigen Tag zu leben. Aber hinter dieser Sehnsucht eines angeblich vereinfachten Familienlebens lugte der Gedanke nach einer Verheißung des Thrones deutlich hervor. Weil es mit einem Tausch nicht gehen will, wird es mit der sogenannten konstitutionellen Monarchie versucht. Deshalb hat der frühere Kronprinz in schlauer Berechnung nach demokratischer Popularität. Einige liberale Blätter fallen denn auch auf diesen Schwundel herein, sie hatten ja immer einen besonderen Schwarm für Kronprinzen.

Die Arbeiterschaft ist von solchen Gefühlsanwandlungen frei. Ob Vater oder Sohn: das verrückte System soll geschmettert bleiben, und wenn der Kronprinz kein Tönlein erleben will, bei dem es um Kopf und Kragen gehen wird, dann soll er hübsch auf seiner Insel bleiben und uns in Zukunft auch mit seinen „demokratischen“ Bekenntnissen verschonen. Wir haben genug von seiner Sorte.

Lebhafte Stimmung an der Börse

Die Haltung der Börse war heute etwas belebt und befestigt auf Rückkäufe der gewerksmäßigen Spekulation. Hatzen 1480 zu 1050, Luxemburger 818, Gelsenkirchener 840, Rheinisch-Westfälischer 840, Carz 680, Rattowitzer sehr fest, A. G. 644, Papag 400, Lloyd 285, Hamia 329, Australier 500, Hamburg-Süd 600, Dynamit 870, Steiner Vulkan 1262, Orenstein 920, Daimler 478, Griech-Rupfer 716, Petroleum 775. Von fremden Devisen waren Dollar 203 1/2, Rubel 206 zu 204 1/2, Holland 7575, London 877/79, Paris 1710, Polnische Noten 6,06, Oesterreichische Noten 2,58—2,82 1/2.

Schupobeamte und Republik

Eine Protestversammlung der Polizeibeamten

Mit der reaktionären Hege gegen die Schupolizei beschäftigte sich am Mittwoch eine vom „Verband der Polizeibeamten Preußens“ einberufene öffentliche Schupo-Beamten-Versammlung, die von etwa 3000 Beamten besucht war. Der 1. Verhandlungsgegenstand war die in einer vorzüglichen Rede nach, daß Beamte, die sich frei und offen für die Republik bekennen, bei der nächsten passenden Gelegenheit gemahnt und ihnen auch sonst das Leben und der Dienst schwer gemacht wird. Demgegenüber habe der größte Teil der Offiziere nichts gegen eine Propaganda in den Kasernen, wenn dies im Interesse der Rechtsparteien liegt. Die weiteren Ausführungen Schraders, die bairische Zustimmung der Versammlung fanden, waren ein rühmliches Bekenntnis zur Republik. Er verlangte eine auf gegenseitiges Vertrauen aufgebaute Disziplin, ein einheitliches Beamtenrecht und die Einreihung der Schupo-Beamten in dieses. — Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

Die Beamten bedauern außerordentlich, daß immer wieder von einzelnen Personen in höheren Borgeordnetenstellungen in der Schupolizei, die sich anscheinend mit der republikanischen Staatsverfassung nicht abfinden können, die Zuverlässigkeit der gesamten Schupolizei in der Öffentlichkeit in Frage gestellt und dadurch die breiteste Öffentlichkeit beunruhigt wird. Die versammelten Polizeibeamten erklären ausdrücklich, daß sie unter allen Umständen gewillt sind, den auf die Verfassung geleisteten Eid nicht nur formell zu halten, sondern auch, wenn es notwendig ist, die vom Volke geschaffene Verfassung mit dem Leben zu verteidigen.

Die Beamten legen das Vertrauen in den Minister des Innern, Herrn Severing, und seinen Stellvertreter, Herrn Ministerialdirigenten Dr. Wegg, daß sie alles tun werden, um die dienstliche Organisation der Schupolizei so auszugestalten, daß aus der heutigen Schupolizei eine wahre Volkspolizei geschaffen wird, in der auch die wirtschaftlichen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Beamten gewahrt, gefördert und gesichert werden.

Die augenblicklich bestehenden Verhältnisse in der Schupolizei in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung sind mit dem demokratischen Staatswesen unvereinbar. Die versammelten Beamten beauftragen ihre Berufsorganisation, den bisher beschrittenen Weg, der zum Besten der Beamten und zum Wohle des Staatsganges dient, unbeirrt fortzusetzen.

Einbrecher an der Arbeit

Die Zentrale der Kommunistischen Partei setzte heute ihren Versuch, sich gewaltsam in den Besitz fremden Eigentums zu setzen, fort. In einer Etage über der Buchhandlung in der Neuen Schönhauser Straße befinden sich Arbeitsräume des Verlags A. Seehof u. Co., und daneben wohnt eine Angestellte des Geschäfts. Heute vormittag erschien eine etwa 10köpfige Bande unter Anführung von Remmele, dem Augustin einer von den „Turkshauern“ assistierten, mit Hämmern, Werkzeugen und anderem Einbrechermaterial bewaffnet, um gewaltsam in die Räume einzudringen und die darin befindlichen Gegenstände zu entwenden. Kurze Zeit darauf erschien Laub, der Mieter der Räumlichkeiten und Eigentümer des Verlags ist. Raum wurden die Eindringlinge seiner gewahrt, so stießen sie über ihn her und schlugen solange auf ihn ein, bis er den Schauplatz räumen mußte. Laub war jämmerlich zugerichtet, und es dauerte geraume Zeit, bis er sich von den Mißhandlungen erholen konnte.

Inzwischen ist eine einstweilige gerichtliche Verfügung ergangen, die Laub die Besitzrechte an dem Verlag zuspricht. Nunmehr wird es wohl gelingen, weitere Einbrüche und Gewalttaten zu verhindern.

Die Konferenz von Genua

Frankreich nimmt die Einladung an

Paris, 2. Februar.

Die französische Regierung hat gestern dem italienischen Ministerpräsidenten offiziell mitgeteilt, daß sie die Einladung zur Konferenz von Genua annehme.

Der griechisch-türkische Zwist

Paris, 2. Februar. (Havas.)

Poincaré empfing den Botschafter Harding, der ihm eine Note mit den vom englischen Auswärtigen Amt gegen die französische Denkschrift gemachten Einwendungen überbrachte. Es handelt sich nach Ansicht der britischen Regierung darum, zu wissen, welches Vorgehen Frankreich einschlagen will, um von der Türkei die Ausführung der Weisung der Alliierten zu erlangen. Griechenland hat sich damit einverstanden erklärt, die britische Vermittlung anzunehmen. Es bleibt also nur übrig, einen Druck auf die Türkei auszuüben, um diese Entschlüsse durchzuführen. Ist aber Frankreich, das besonders gute Beziehungen zur Türkei hat, bereit, der britischen Regierung auf dem Wege der Zwangsmassnahmen zu folgen? Das ist der Punkt, der nach Ansicht britischer Kreise zuerst geregelt werden muß.

Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige sollen nach einem dem Reichstage zugangenen Entwurf erhöht werden. Sie sollen betragen für Zeugen bis 8 M., für Sachverständige bis 15 M. (bei besonders schwierigen Leistungen bis 30 M.) die Stunde. Für Zeugen, die den Verhandlungsort mit der Bahn aufsuchen, werden

pro Kilometer 50 M. Fahrgehalt, außerdem 40 M. Verpflegungsgehalt und 20 M. Uebernachtungsgehalt gewährt.

Der tschechische Millionenkredit für Oesterreich. Die Verhandlungen über die Gewährung eines Kredits in Höhe von 500 Millionen tschechischer Kronen an Oesterreich haben einen günstigen Verlauf genommen. Da mit einem baldigen Abschluß gerechnet werden kann, ist der Oesterreichische Finanzminister Dr. Girtler eingeladen worden, nach Prag zu kommen. Der 500-Millionen-Kredit soll in Raten zur Auszahlung gelangen. Schon in aller nächster Zeit kann die Oesterreichische Regierung einen Betrag von 100 Millionen tschechischer Kronen erwarten.

Die Lohnreduzierungen in der Tschechoslowakei. Die Streikgefahr in der nordböhmischen Metallindustrie ist beigelegt worden. Am 1. April haben sich die Arbeiter mit der Einführung der niedrigeren Reichenberger Lohnsätze bereiterklärt.

Der Streik der irischen Eisenbahner, der bereits zu einer Unterbrechung des Verkehrs zwischen Irland und England geführt hatte, dauert weiter an. Das Streikkomitee hat dem Arbeitsminister in Dublin ein Telegramm geschickt, in dem es die schwere Notlage der Eisenbahner auseinandersetzt und den Arbeitsminister auffordert, sich für die Arbeiter einzusetzen.

Neue Regierungskrise in Portugal. Nach einer Havana-Meldung aus Lissabon hat der Präsident der Republik die Demission des Kabinetts angenommen.

Drei Tage Mittel

Die große Tradition der kaiserlichen Armee wird bekanntlich von der Reichswehr fortgesetzt. Der alte Geist der Kameradschaft, der Menschenschänderei, des Kasinolebens und der Rückständigkeit wird stramm gepflegt, ganz wie in den seligen Zeiten unseres Davongelaufenen. Und wehe, wenn einer nicht richtig grüht oder auf Wache schläft oder sein Koppelschloß zwei Zentimeter zu weit nach links trägt! Der Sieg in den Kämpfen und kein Gott, keine Republik kann helfen.

Man könnte sagen, daß es ja schließlich heut auf dem freien Willen der Soldaten beruht, wenn sie diesen Wahn mitmachen. Die Wehrpflicht ist abgeschafft, und die Reichswehr beruht auf freien Verträgen. Aber wer dem Teufel einmal den kleinen Finger gereicht hat, der kommt so leicht nicht mehr davon, und wer einmal seinen Reichswehrvertrag unterschrieben hat, der muß ihn abbüßen, auch wenn er sich inzwischen eines Besseren besonnen hat.

Die Redaktion der „Freiheit“ ist in den Besitz eines Schriftstückes gelangt, das eigentlich erhellend wäre, wenn es nicht die ganze Misere unserer Republik auf eine erschreckende Weise darlegte. Es handelt sich um einen Einschreibebrief an einen ehemaligen Reichswehrsoldaten, der seit geraumer Zeit schon nicht mehr zur Truppe gehört und sich im Augenblick in einem Krankenhaus befindet. Er wird von der Kommandantur aufgefordert, sich am 2. Februar zwischen 10 Uhr vormittags und 1 Uhr nachmittags bei der Kommandantur, Zimmer 1, zu melden, und zwar um drei Tage Mittelarrest abzubringen. „Wachzeug p. p., sowie ausreichend Wäsche ist mitzubringen.“ Bei Nichterscheinen wird ihm zwangsweise Vorführung angedroht.

Die Rechtsgrundlage dieser freundlichen Einladung, die sich auf eine Verfügung der Oberstaatsanwaltschaft 2 stützt, kann zweifelhaft sein. Aber das ist ja ganz belanglos. Man stelle sich nur vor: Jemand wird für drei Tage aus seinem Zivilleben herausgerissen, verliert drei Tage Arbeit, drei Tage Lohn und wahrscheinlich auch seine Stellung. — Warum? Weil er vielleicht im Glimmer gesprochen oder seinen Abendurlaub überschritten hat. Das kann uns ja noch alles passieren. Vor ein paar Jahren lebte die Wehrmacht nun uns unter den Bedingungen der Kriegsarztel und der militärischen Disziplinargewalt. Am Ende können wir alle aus der Kommandantur antreten, um drei Tage auf Staatskosten zu leben. Oder muß der Arrestant seinen Unterhalt während dieser Zeit vielleicht selbst bezahlen?

Obendrein kostet der Einschreibebrief 2,25 M., die Oberstaatsanwaltschaft wird bemüht, und die Kommandantur hat ja weiter nichts zu tun. Wer ist für diesen Unfug eigentlich verantwortlich?

Zur Krise in den städtischen Betrieben

Zu dem Beschluß der gestrigen Funktionärversammlung des Lohnartikels der städtischen Arbeiter, den Schiedspruch abzulehnen und eine Urabstimmung über einen eventuellen Streik in den Betrieben vorzunehmen, ist noch ergänzend nachzutragen: Von der Stadtverordnetenversammlung wurde seinerzeit eine eigene „Deputation zur Beratung der neuen Manteltarife“ eingesetzt, die am 1. Februar den Schiedspruch fällte. Es handelt sich um einen Manteltarif für die städtischen Arbeiter und für solche Angestellte, die in keinem Dauerverhältnis stehen.

Als Arbeitszeit gilt die 48-Stunden-Woche. Bei Schichtwechsel währt diese bis 56 Stunden. Die Arbeitszeit der Hilfsangestellten darf nicht länger sein als die der Beamten der gleichen Dienststelle. Anfang und Ende der Arbeitszeit werden im Einvernehmen mit dem Betriebsrat geregelt. Der § 3 behandelt die Löhne, aus dem die Bestimmung, daß nur die geleistete Arbeitszeit bezahlt werde, gestrichen wurde. Für erwerbsbeschränkte Arbeiter wurden die Löhne fester umrissen. Die Forderung der Abkürzung der Arbeitszeit wurde abgelehnt. Die Ueberstundenfrage wurde im Sinne des Magistratsentwurfes anerkannt. Für nichtständige Angestellte gilt die normale Arbeitszeitüberschreitung als Ueberstundenzeit. Das Mißbestimmungsrecht wurde im folgenden Passus zusammengefaßt:

„Zur Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer aus der bestehenden Anlage zum Tarifvertrage betr. Mitbestimmungsrecht, zur Unterstützung der Verwaltung bei Regelung des Arbeitsverhältnisses und der Durchführung des Tarifvertrages, zur Regelung der Produktion und sonstiger Aufgaben aus dem Betriebsratgesetz werden nach der Wahlordnung zu diesem Geleße Betriebsräte gewählt.“

Die Beratung weiterer Paragraphen ist noch nicht abgeschlossen. Es steht auch weiter noch nicht fest, ob die Angestellten der städtischen Straßenbahn in diesem Schiedspruch einbezogen werden. Verschiedene einzelne Bestimmungen, so die Bezahlung der Löhne in Krankheitsfällen, hatten ebenfalls noch der Regelung.

Es ist demnach zu verstehen, wenn dieses durchaus ungenügende Machwerk eines Schiedspruchs der Ablehnung verfiel. Die Versammlung war auch fast einmütig der Auffassung, den Schlichtungsausschuß nicht anzurufen um keine Verschleppung der Angelegenheit eintreten zu lassen. Die städtischen Angestellten befinden sich in einer Kampfstimmung, und wie wir erfahren, dürfte auch die nun in den Betrieben vor sich gehende Urabstimmung den Schiedspruch ablehnen und für den Streik eine Mehrheit ergeben. Es liegt nun an dem Magistrat, dieser Gefahr der Stilllegung aller städtischen Betriebe vorzubeugen, indem an dem Verhandlungsstisch verhandelt wird, den Forderungen der empörten Angestellten Rechnung zu tragen. Bezeichnend für den Kampfsinn der städtischen Angestellten ist die einstimmige Annahme einer Resolution, in der schärfster Protest gegen die Oberstaatsanwaltschaft

und die Ausführbestimmungen des Polizeipräsidenten Richter zum Eisenbahnstreik erhoben wurde.

Werkwürdig berührt es uns nicht, wenn der — „Vorwärts“ in seinem Bericht diese Resolution einfach totschweigt.

Am Freitag abend 6 Uhr nehmen die Funktionäre in der Böhlowbrauerei, Prenzlauer Berg, zu dem Ergebnis Stellung.

Eisenbahner!

Heute abend um 8 Uhr findet eine Funktionärversammlung in der Köpenicker, Frankfurter Allee 117, statt. Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Streik der Bügler in Berlin. Eine Versammlung der Bügler beschloß am 31. Januar den Streik, um die Arbeitgeber zu Zugeständnissen zu zwingen. Die Streiklokale sind: Wedding: Basewaller Str. 3 bei Hensel, Norden: Stargarder Str. 3 bei Hestlin, Osten: Samariterstr. 12 bei Reumann, Neukölln: Hermannstr. 11 bei Flemming und im Zentrum: Kommandantenstr. 88 bei Ohngemach. In diesen Lokalen wollen sich alle streikenden Kollegen sofort einfinden.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 2. Februar

14. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Verhandlung bei Köpenick. Keine Diskussionsfrage, diese findet am Freitag, 7 1/2 Uhr, bei Köpenick statt.

Freitag, 3. Februar

Berlin-Mitte. Parteigenossen, Parteimitglieder. Nacht zur (schulpflichtigen) Kinder auf andere erste Veranstaltung heute von 4—6 1/2 Uhr in der Arbeiter-Bildungs-Gesellschaft, Breite Str. 89, aufmerksam. Alle Kinder, die zur Weihnachtsfeier im Bezirk mitwirkten, sind hierzu eingeladen.

1. Verwaltungsbezirk, 1., 2. und 3. Bezirk. Die Kinder der drei benannten Bezirke treffen sich nachmittags 3 1/2 Uhr in der Arbeiter-Bildungs-Gesellschaft. Auch alle die Kinder, welche an den Weihnachtstagen vor Weihnachten teilgenommen haben, sind hierzu eingeladen.

2. Verwaltungsbezirk, 4. Bezirk (Westen). Abends 7 Uhr Verhandlung bei Siemens, Hiltlstr. 16. Städt. und Bezirksverordnete sind eingeladen.

3. Verwaltungsbezirk (Wedding), 7., 8., 9., 10. Bezirk. Abends 7 Uhr Verhandlung der Kommunalen Kommission, Sitzungslokal, Schönhauser Str. 1, 3 Lt. Portiere nach Hl. Dittmer.

4. Verwaltungsbezirk (Wedding), 7., 8., 9., 10. Bezirk. 7 Uhr Vollversammlung der Kommunalen Kommission, Sitzungslokal (Wedding), Schönhauser Str. 1, Portiere nach Hl. Dittmer.

5. Verwaltungsbezirk, Mauerwerk U. S. V. 8 Uhr Verhandlung im Schieds-Gesellschaftsraum, Fruchtstr. 10.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Nollendorfplatz, Posthof). 1 1/2 Uhr Diskussions-Vorlesung in Steglitz, Gemeindefabrik 1, Ringstr. 35. Die Diskussions- und Ortsvereinsmitglieder müssen unbedingt erscheinen.

15. Verwaltungsbezirk (Kreuzberg). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung des Bezirksausschusses bei Koh. Nollendorfplatz, Berliner Straße.

13. Verwaltungsbezirk. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauen- und Kinderbeschäftigungskommission bei Koh. Berliner Str. 26.

14. Verwaltungsbezirk. Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission bei Koh. Nollendorfplatz, Berliner Straße.

15. Verwaltungsbezirk (Köpenick, Friedrichshagen, Köpenicker, Köpenicker, Grünau, Ortner). Abends 7 Uhr Sitzung der Bezirksleitung und der Unterteilungsleiter im Köpenicker Rathaus, Zimmer 4.

8. Bezirk. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlungen. 1. Abteilung bei Hestlin, Hermannstr. 11. 2. Abteilung, Köpenicker Str. 11.

9. Bezirk. 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung bei Hestlin, Hermannstr. 11.

10. Bezirk (Wedding). 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Bezirksleiterkonferenz bei Köpenick, Hiltlstr. 16.

11. Bezirk (Gesundbrunn). 1. Abteilung. Funktionärversammlung bei Gruener, Frankstr. 10.

12. Bezirk. Die Generalkonferenz findet in der Kula Pappeallee 40-41 statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Ref.: Genosse Hestlin.

13. Bezirk. Abends 7 Uhr Verhandlung bei Hestlin, Hermannstr. 11. Die Funktionäre treffen sich um 6 Uhr dort.

14. Bezirk. Abends 7 Uhr Verhandlung bei Hestlin, Hermannstr. 11.

15. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schule, Hiltlstr. 16. Tagesordnung: Bericht über den Parteitag. Ref.: Genosse Hestlin.

16. Bezirk. Abends 8 Uhr Kurium des Genossen Eggert über Sozialismus. Neue Teilnehmer sind noch willkommen.

Bereinskalender

Donnerstag, 2. Februar

Deutscher Verkehrsband, Abteilung Köpenick, Hiltlstr. 16. 12 Uhr (M. Gemeindefabrik). Pflicht ist es, zahlreich zu erscheinen.

Freitag, 3. Februar

Zentralverband der Angehörigen. Schiedsgerichtliche. Abends 8 Uhr Monats-Vorlesung, Neue Wilhelmstraße, Köpenicker Str. 10-11.

Transportarbeiter-Verband. Köpenick. Abends 8 Uhr in Köpenicker Hiltlstr. 16. 17. Bundesschulung. Tagesordnung: Das Ergebnis der Lohnverhandlung m. d. Nahrungsbetriebe vor dem Tarifkommissionenrat.

Branchen 12 (Nahrungsbetriebe, Verwaltungsstellen, Einzelhandel, Kleinhandel). Abends 8 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftsgebäudes, Engelstr. 14-15, Köpenicker Str. 14-15. Tagesordnung: Bericht über die letzte Lohn- und Schlichtungsverhandlung.

Verband der Buchbinder und Kopierschreiber. Köpenick. 8 Uhr bei Köpenicker Hiltlstr. 16. Tagesordnung: Bericht über den Parteitag. Ref.: Genosse Hestlin.

Köpenick. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung städtischer Funktionäre und des Frauenvereins im Köpenicker Rathaus. Tagesordnung: Unsere Forderung zum 1. Februar von den Unternehmern abgelehnt. Weitere Stellungnahme hierzu. Der Verband.

Intern. Bund der Kriegesopfer, Ortsgruppe Köpenicker Hiltlstr. 16. 7 1/2 Uhr Generalkonferenz Freitag, 16. (Schulhaus). Wegen der dringenden Tagesordnung ist Besuchen aller Mitglieder Pflicht.

Gen. Arbeiterjugend, Gruppe Steglitz. Abends 7 Uhr im Jugendheim Sonntag des Genossen Hestlin: „Die Einigungsfrage des Proletariats“.

Luisa Zieh

Am Tage ihrer Einäscherung

Ein treues Herz, das für die Freiheit glühte,

hat aufgehört, in Dir zu schlagen,

Dein Mund, der Flammenworte sprachte,

galt es, des Volkes Not zu klagen,

ist nun verstummt für alle Zeiten;

Dein furthlos-tapferes Kämpferleben

in seinem rastlos-nimmermüden Streiten

war ganz dem Dienst des Volkes hingeden.

Was sterblich an Dir ist, mag nun verwehen!

Dein tiefstes Wesen bleibt uns unverloren;

als leuchtend Vorbild wird es fortbestehen —

in neuen Kämpfen wird's uns neu geboren!

K. B.

Zum Streik der Schauspielers. Der Verband Berliner Bühnenschauspieler hat in seiner Generalversammlung den Schiedspruch der Oberstaatsanwaltschaft angenommen. Die Annahme erfolgte, obwohl verschiedene Bedenken über die Durchführbarkeit dieser neuen Mehrbelastung geltend gemacht wurden.

Tages-Notizen

Koltschlagpunkt Kollidierort. Freitag, 1/2 Uhr, findet in den Hiltlstr. 16. Schiedsgerichtliche Verhandlung von Genossen Hestlin und Köpenicker Str. 10-11. Die Teilnehmer sind Mitglieder des Staatschichters. Regie: Heinrich Kappritz vom Staatstheater. Eintritt 2 M. 6.—. Karten sind an dem bekannten Ort zu haben.

Größe Kollidierort. Sonntag, nachm. 7 1/2 Uhr, in der Kamischen Oper „Eisenstein“. Montag, 7 1/2 Uhr, im Kollidierort 8. Opernhaus (Wagnersaal).

Musikveranstaltungen. Sonntag, 1/2 Uhr, finden wissenschaftliche Vorträge durch Direktoren der Kaiserlichen Musikschule in Köpenick, Köpenicker Str. 10-11 und im Kollidierort 8. Opernhaus (Wagnersaal) statt. Eintritt 1 M. 6.—. Der Beginn der Vorträge am Eingang der Kasse.

Verträge. Ueber die preussische Schulpflicht und den „Pazifismus“ spricht Freitag, 7 Uhr, im Bürgerlokal des Rathauses, Köpenicker Str. 10-11, der Reichs- in öffentlicher Versammlung der Deutschen Arbeitervereine.

Veranstaltung für Politik und Religion: Leo Baeckler, Berlin-Grünau, für Kommunalpolitik, Köpenick und Gemeindefunktionäre. 8 Uhr, Freitag, im neu restaurierten und geschäftlichen Mittelraum, Köpenicker Str. 10-11, Berlin. — Verlagsanstalt „Freiheit“, 6 M. 6.—, Berlin. — Druck des Berliner Druckers G. m. b. H., Berlin, C. L. Heine Straße 84.

